



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Technologieoffenheit in der Energiewende und im Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich sowohl in der Speicher- und Batterieforschung für den Strom- und Wärmesektor als auch in der Erforschung neuer Antriebstechnologien im Verkehrssektor nicht auf einzelne Technologien zu fokussieren, sondern einen breiten Mix in der Energieerzeugung und -speicherung der jeweiligen Sektoren anzustreben. Letztlich sollte nicht die politische Agenda, sondern der Markt und die Wissenschaft entscheiden, welche Technologien im zukünftigen Energiemix vorherrschen sollen. Modellversuche und Reallabor-Projekte sind hierbei bis zur Marktreife förderungswürdig; Absatzförderung ist jedoch keine Aufgabe der Politik.

Zudem soll die Staatsregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass regulatorische Hindernisse wie die Doppelbesteuerung und doppelte Abgaben, die die Marktreife von Power-to-X-Anlagen im Wesentlichen behindern, abgeschafft werden.

Begründung:

Während die Bundesregierung auf nationaler Ebene bereits eine Nationale Wasserstoffstrategie bis Ende des Jahres 2019 angekündigt hat und die Staatsregierung laut Koalitionsvertrag eine bayerische Wasserstoffstrategie entwickeln möchte, stecken andere alternative Speicherformen und Antriebstechnologien, wie z. B. die synthetischen Kraftstoffe, noch in den Kinderschuhen.

Die Energieerzeugung und -speicherung wird in den nächsten Jahrzehnten jedoch in einem Mix aus verschiedenen Antriebs- und Speichertechnologien münden. Den unterschiedlichen Anforderungen entsprechend, werden auch unterschiedliche Technologien zu einer Entkopplung unseres Wohlstands vom CO₂ beitragen.

Absatzförderungen seitens der Politik sind ebenso abzulehnen wie einseitige Forschung. Alternative Technologien und Sektorkopplungsziele werden zurzeit jedoch von kontraproduktiven Regulationen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und anderen Vorschriften behindert und sind daher aufzuheben.